

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Wochenausgabe des „Vorwärts“
Zugabe Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro Monat
(beide Ausgaben für Lieferung ins Haus) im voraus
wähler. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren
und 72 Pf. Postbestellgebühren

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Spaltenzeile 30 Pf.
Kleinzeile 2.— M. Ermäßigungen nach Tarif. Postbestellort:
Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag
behält sich das Recht der Ablehnung nicht gemäßer Anzeigen vor!
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Hohenstr.
Fernsprecher: Dönhof (A 7) 299—207

Keine Arbeitsbeschaffung!

Dafür aber neue Lasten! — Was das Kabinett der Barone dem Volk beschert — Neue Notverordnungen von Hitlers Gnaden

Die Regierung von Papen hat endgültig auf das von der Regierung Brüning geplante Arbeitsbeschaffungsprogramm verzichtet. Aus diesem Grunde wurde auch die von der Regierung Brüning in Aussicht genommene Prämienanleihe fallen gelassen.

Die Arbeitsbeschaffungspläne der Regierung Brüning, die durch die Prämienanleihe, durch Kreditoperationen und häußerliche Siedlung etwa für 600 000 Arbeiter Beschäftigung schaffen wollte, blieben weit hinter den Erwartungen der Erwerbslosen zurück. Aber selbst diese Pläne waren dem Kabinett der Barone noch zuviel!

Keine Arbeitsbeschaffung! Das ist das Programm der Barone von Hitlers Gnaden für die Erwerbslosen — dazu neue Lasten für die Arbeitenden!

So fängt es an. Wie herrlich würde es erst im Dritten Reich werden!

Der Volksbetrug der Nationalsozialisten enthüllt sich!

Dafür neue Lasten!

Die kommende Notverordnung.

Das Kabinett der Barone wird morgen dem Volke neue Lasten beschicken:

- eine Beschäftigtensteuer, bei der im wesentlichen nur der Name geändert wird;
- eine Verschärfung der Umsatzsteuer;
- Kürzung aller Arbeitslosenbezüge und Renten, auch für Kriegsbeschädigte;
- eine Salzsteuer.

Als die Regierung Papen, gestützt auf die Nationalsozialisten, ihr Amt antrat, ließ sie durch die ihr nahestehende Presse verkünden, daß in Zukunft nicht mehr mit Notverordnungen gearbeitet wird. Was von dieser Ankündigung zu halten ist, wird die Regierung der Nazi-Barone am Dienstag selbst offenbaren. Sie tritt an diesem Tage gleich mit zwei Notverordnungen vor die Öffentlichkeit, und zwar wird die eine neue Steuermaßnahmen, insbesondere über die Arbeiter- und Angestelltenchaft, verhängen, und die andere mehr politischen Charakter haben.

Die Steuernotverordnung wird voraussichtlich vier Maßnahmen enthalten. Vorgesehen ist eine Abgabe für Arbeitslosenhilfe in der Form, daß bei Gehalts- und Lohnempfang an die Stelle der Krisenlohnsteuer eine gestaffelte Abgabe, beginnend mit 1½ Proz. des Einkommens, tritt, während die Beamten gleichmäßig ohne Rücksicht auf die Gehaltsklasse eine Abgabe von 1½ Proz. des Einkommens zahlen sollen. In der Praxis entspricht diese Maßnahme der Beschäftigtensteuer, die nur in der Form eine Änderung erfahren würde. Grundförmlich sollen von der Abgabe für Arbeitslose alle Festbesoldeten, Privatangestellten und Staatsangestellten betroffen werden.

Als zweite finanzielle Hilfsquelle ist an die Minderung der Umsatzsteuer gedacht. Bis jetzt sind Umsätze bis zu 5000 Mark jährlich steuerfrei. Diese Steuerbegrenzung soll für die Zukunft aufgehoben werden. Außerdem plant man eine Befreiung oder Verkürzung der Stundungsfrist, die bis jetzt in dem Umsatzsteuergesetz vorgesehen ist.

Schließlich beabsichtigt man die Kürzung der Renten, selbst der Kriegsbeschädigtenrenten. Falls auch diese Maßnahmen finanziell noch nicht genügend einbringen sollten, soll eine Salzsteuer eingeführt werden.

In der mehr politischen Notverordnung werden alle bisher vorhandenen Vorschriften über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, darunter die Zulassung der SA, zusammengefaßt. Zusammengefaßt selbstverständlich so, wie es den Wünschen der Braunen Häuser entspricht und entsprechend den von den Nazis in der vergangenen Woche in der Reichskanzlei angemeldeten Forderungen. Hitlers Stabschef Röhm ist nicht umsonst tagelang in der Reichskanzlei ein- und ausgegangen! So verrät

Hüter der Verfassung!

Die süddeutschen Ministerpräsidenten gegen den Anschlag auf Preußen — Deutsche Worte an den Reichspräsidenten — Um Reichskommissar und SA-Verbot

Der Reichspräsident empfing am Sonntagmittag in Gegenwart des Herrn von Papen die Ministerpräsidenten der süddeutschen Länder zu einer Aussprache über die Differenzen, die mit dem Regierungsantritt der Nazi-Barone zwischen Reich und Ländern aufgelaucht sind. Die Unterredung, an der der bayerische Ministerpräsident Dr. Heide, der württembergische Staatspräsident Bolz und der Staatspräsident von Baden, Schmitt, teilnahmen, dauerte 1¼ Stunden. Über ihren Ausgang wurde ein nichtsfagenes Kommuniqué verbreitet, in dem es heißt, daß die Aussprache das Verhältnis des Reiches zu den Ländern, den Finanzausgleich, die Wirtschaftspolitik und eine Reihe von innerpolitischen Fragen behandelte. Offiziell wird darüber hinaus mitgeteilt, daß die Gegenstände „weitgehend gemildert“ seien.



Von links nach rechts: Ministerpräsident Schmidt (Baden), Bolz (Württemberg), von Papen, Heide (Bayern).

Die Vertreter der süddeutschen Länder haben, wie verlautet, in aller Offenheit dargelegt, daß das Volk von außerordentlichen Mißtrauen gegen die neue Reichsleitung erfüllt ist. Dieses Mißtrauen stützt sich, wie insbesondere der bayerische Ministerpräsident Dr. Heide ausführte, vor allem auf die bisherige Absicht, in Preußen entgegen dem klaren Sinn der Verfassung einen Reichskommissar einzusetzen. Wenn man derartiges in Bayern versuchen würde — so soll Dr. Heide erklärt haben —, so werde dieser Reichskommissar

beim Betreten bayerischen Gebiets an der Grenze ohne weiteres verhaftet werden.

Angeichts dieser entschiedenen Haltung hat die Regierung der Nazi-Barone den ihr aus dem Braunen Haus in München erteilten Auftrag auf Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen bis auf weiteres zurückgestellt und ihre bisherigen Absichten verweigert. In bezug auf die Berechtigung zur Einsetzung von Reichskommissaren besteht zwischen den süddeutschen Ländern und der gegenwärtigen geschäftsführenden preußischen Regierung vollkommene Übereinstimmung und für den Ernstfall der feste Entschluß zur Solidarität.

Die bevorstehende Aufhebung des SA-Verbots spielte im Lauf der Besprechungen ebenfalls eine Rolle. Vor allem wiesen die süddeutschen Ländervertreter darauf hin, daß das SA-Verbot keineswegs vor allem von Süddeutschland gefordert wurde und sich deshalb bei einem Wiederauftreten der SA, die süddeutschen Bevölkerungskreise am schwersten beunruhigt fühlen würden. Der bayerische Ministerpräsident ließ zugleich keinen Zweifel darüber,

daß die SA in Bayern trotz der Aufhebung des Reichsverbots nicht wieder zugelassen werde, sondern verboten bleibe.

Von der Reichsregierung wurde erklärt, daß eine völlige Aufhebung des SA-Verbots ohnehin nicht in Frage komme. Man beabsichtigt durch die Einführung einer Aufsicht über alle Jugendorganisationen der politischen Parteien auch über die SA eine tatsächliche Kontrolle ausführen zu können.

Schließlich wurden in der Besprechung noch wirtschaftliche Fragen besprochen. Sie galten insbesondere den steuerpolitischen und landwirtschaftlichen Verhältnissen Süddeutschlands.

insbesondere die politische Notverordnung, wer hinter dieser Regierung der Nazi-Barone steht, wer ihre wahren Auftraggeber sind.

„Ohne Notverordnung“, hieß es, solange die Nazi-Barone von Hitlers Gnaden noch nicht am Ruder waren. Die Wirklichkeit erfährt das Volk am Dienstag, indem nicht nur eine, sondern gleich zwei Notverordnungen losgelassen werden und das Gegenteil von dem wahrgemacht wird, was die Nazis ihm seit Jahr und Tag vorgezogen haben!

Kriegsopfer werden nicht gefragt!

Empfang beim neuen Reichsarbeitsminister erst nach der Notverordnung.

Entgegen den Absichten des früheren Reichskabinetts Dr. Brüning und den Wünschen des Reichspräsidenten von Hindenburg beabsichtigt die neue Reichsregierung von Papen weitere Kürzungen der Kriegsopferrenten vorzunehmen. Der neue Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer hat die Absicht, den Vorständen der großen Reichsorganisationen der Kriegsopfer die Gründe für die

neuen einschneidenden Maßnahmen der Reichsregierung persönlich vorzutragen. Wie wir vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerrückbliebenen erfahren, wird der Empfang der Kriegsopfervertreter jedoch erst am Vormittag des 17. Juni 1932 im Reichsarbeitsministerium — also wahrscheinlich erst nach dem Erlass der fünften Notverordnung — stattfinden. Unter den Kriegsopfern hat sich nach Bekanntwerden der neuen Renten kürzungsabsichten eine große Erbitterung und Empörung bemerkbar gemacht.

Frau tötet ihre Kinder

Familiendrama in einem elsässischen Dorf.

Paris, 13. Juni.

Ein schreckliches Familiendrama spielte sich in dem elsässischen Dorfe Oberachheim ab. In einem Anfall von Geistesgeisteskrankheit tötete eine Frau, während ihr Mann auf dem Feld arbeitete, zuerst ihr neunjähriges Töchterchen und darauf ihren achtjährigen Sohn mit einem Beil. Dann wusch sie in aller Ruhe die Küche auf, begab sich in die Stallung und erhängte sich.

